SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss
Décision
Decisione

4. November 1987

1984

Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank (27.9. bis 2.10.1987) in Washington

Aufgrund des Aussprachepapiers des EFD vom 27. Oktober 1987

Aufgrund der Beratung wird

beschlossen:

Vom Aussprachepapier wird Kenntnis genommen.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Protokollauszug an: ☒ ohne / ☐ mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
		EDA		
		EDI		
		EJPD		
		EMD		
X		EFD	7	—
		EVD		
		EVED		
		BK		
		EFK		
		Fin.Del.		

4.86 5000 35118/1

EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES
DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

3003 Bern, den 27. Oktober 1987

An die Mitglieder
des Bundesrates

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Herren Bundesräte

In der Beilage übermittle ich Ihnen einen von der Eidg. Finanzverwaltung verfassten Bericht über die Jahresversammlung der Bretton Woods-Institutionen zur Kenntnisnahme.

EIDG. FINANZDEPARTEMENT

Stich

EIDG. FINANZVERWALTUNG

Nachlese zur Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank (27.9. bis 2.10.1987) in Washington

Die Jahresversammlung des Währungsfonds und der Weltbank und die vorangegangenen Sitzungen verschiedener Ministerausschüsse (Siebner- und Zehnergruppe, Interimsausschuss und Entwicklungskomitee) führten zu keinen weltbewegenden Entscheiden; im wesentlichen wurde die Marschrichtung für die Wirtschaftspolitiken und die Schuldenproblematik bestätigt. Die Reden, die an der Jahresversammlung gehalten wurden und Gespräche mit Beamten der erwähnten internationalen Institutionen lieferten aber doch interessante Hinweise, die sich wie folgt zusammenfassen lassen.

1. Eine stille, pragmatische Umwandlung des internationalen Währungssystems ist im Gange. Das völlig freie "Floaten" wird schrittweise durch ein von den wichtigen Industrieländern administriertes Floaten abgelöst. Die Vertreter dieser Länder, einschliesslich jene der Vereinigten Staaten, räumten in ihren Reden an der Jahresversammlung der Stabilisierung der Währungsbeziehungen eine hohe Priorität ein. Alle äusserten sich positiv über die Zusammenarbeit, welche sich seit dem Louvre-Abkommen vom Februar dieses Jahres eingespielt hat. Eine Zusammenarbeit, die sich - wie man nun weiss - an gemeinsam vereinbarten, jedoch geheim gehaltenen Schwankungszonen für die wichtigsten Währungen orientiert. Der britische Schatzkanzler - vielleicht nicht zuletzt, weil die britischen Währungsbehörden seit Monaten danach trachten, das Pfund gegenüber der DM ausserhalb des Europäischen Währungssystem zu stabilisieren - plädierte für einen weiteren Ausbau des administrierten Floatens: seiner Ansicht nach wären die Schwankungszonen öffentlich bekanntzugeben, wobei die Behörden weiterhin auf eine flexible Verteidigung geordneter Währungsverhältnisse Wert legen würden.

   Der britische Vorschlag mag voreilig gewesen sein. Es ist auch anzunehmen, dass einzelne grosse Länder zeitweise aus der gemeinsamen Disziplin ausscheren werden und dass der Markt die Standhaftigkeit der Währungsbehörden prüfen wird. Wie dem auch sei, die wichtigsten Industrieländer haben damit

die Schädlichkeit des Ueberschiessens der Wechselkurse anerkannt. Dies entspricht einem von der Schweiz seit Jahren vertretenen Postulat.

2. Die Vertreter der wichtigsten Industrieländer betonen alle, dass Devisenmarktinterventionen allein bei weitem nicht genügen, um eine grössere Stabilität der Wechselkurse zu erzielen. Hiezu sei vor allem eine bessere Abstimmung der Wirtschaftspolitiken erforderlich. Aus übereinstimmenden Aussagen darf man schliessen, dass die währungs- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit im wesentlichen in der Siebner-Guppe erfolgt, während die Fünfer-Gruppe in den Hintergrund getreten ist. Die Siebner-Gruppe tagt nun sowohl auf dem Niveau der Finanzminister und der Notenbankgouverneure als auch auf demjenigen der Stellvertreter. Die Aussprachepapiere werden jeweils vom IWF erstellt und dessen Geschäftsführender Direktor leitet die Diskussion ein.

Die zentrale Rolle, die dem IWF in der währungs- und wirtschaftspolititschen Zusammenarbeit zuerkannt wird, bringt die Tätigkeit dieser Institution in ein besseres Gleichgewicht. Ihr wurde bisher vorgeworfen, dass sie ihr Augenmerk fast ausschliesslich auf die Entwicklungsländer richte. Es wird sich weisen, ob sich diese Entwicklung nachteilig auf die OECD auswirkt.

Die erwähnte Zusammenarbeit soll sich an allgemein anerkannten Indikatoren orientieren. Der amerikanische Schatzsekretär sorgte für Aufregung, als er vorschlug, die Stabilität der Wechselkurse über die Anlehnung der Geldpolitik an einen Rohstoffindex (inkl. Gold) zu verbessern; ein Vorschlag, der wahrscheinlich vor allem für die innere Front gedacht war. Die Tatsache, dass Schatzsekretär Baker von einem zusätzlichen Indikator sprach und Japan sowie die BRD sich gegen eine Bindung an das Gold aussprachen, zeigt, dass sich eine Rückkehr zum Goldstandard keineswegs anbahnt.

3. Die von vielen Teilnehmern befürchtete Konfrontation zwischen den grossen Schuldner- und den Industrieländern fand nicht statt. Einerseits wollte Brasilien seine schwierigen Verhandlungen mit den internationalen Banken nicht durch eine militante Haltung belasten. Anderseits führten die Vereinigten Staaten eine gute Regie. Sie insistierten zwar auf der Weiterführung der sogenannten "Baker-Strategie" (wachstumsorientierte Strukturanpassung der Schuldnerländer), zeigten sich aber gleichzeitig kompromissbereit indem sie

   - ihren langjährigen Widerstand gegen eine Kapitalerhöhung der Weltbank aufgaben (was auch die Stellung des amerikanischen Präsidenten dieser Institution (Conable), stärken sollte, nachdem er die Weltbank durch ungeschickte Reorganisationsbemühungen erschüttert hatte);
   - eine neue Kreditfazilität des IWF ("External Contingency Facility") vorschlugen, auf welche die Mitgliedländer ziehen könnten, wenn sie durch äussere Umstände (z.B. eine internationale Zinshausse) in Schwierigkeiten geraten;
   - die Schuldnerländer und die Gläubigerbanken ermutigten, durch den "Menu Approach" (breite Palette von Optionen, bis hin zur Kapitalisierung der Zinssätze) den Schuldenverhandlungen grösstmögliche Flexibilität zu verleihen.

   Allen Anstrengungen der Schuldnerländer zum Trotz hat sich aber die Relation zwischen Schulden und Exporten weiter verschlechtert, so dass Ermüdungserscheinungen nicht zu verkennen sind. Unter diesen Umständen wirkte die Aeusserung des Sprechers der Deutschen Bank, wonach den am stärksten verschuldeten Ländern der Dritten Welt teilweise die Schulden zu erlassen wären wie ein Schuss von der Kanzel.

4. Für die ärmsten Schuldnerländer erwies sich die amerikanische Regieführung als wenig vorteilhaft, weil die Darlehen der Weltbank und die Ziehungen auf die vorgeschlagene "External Contingency Facility" des IWF zu Marktbedingungen zu verzinsen sind. Da die amerikanische Regierung der Kapitalerhöhung der Weltbank Priorität einräumt und grosse Schwierigkeiten bei der Behandlung dieser Vorlage im Kongress erwartet, will sie sich nicht an der Finanzierung der mit weichen Zinsbedingungen operierenden Strukturanpassungsfazilität (SAF) beteiligen. Sie vertritt die Auffassung, dass die Ueberschusslän-

der für die SAF aufkommen müssten. Die amerikanische Haltung könnte, wenn sie nicht überprüft wird, die Aufstockung der SAF stark erschweren, wenn nicht gar verhindern.

5. Die Frage, ob die UdSSR Sondierungen im Hinblick auf einen allfälligen Beitritt zu den Bretton Woods-Institutionen unternommen habe, wurde von hohen Beamten des IWF kommentarlos bejaht.

Kae/It/bö